

„Gemeinsam gegen Leerstand“

Förderaufruf für Modellvorhaben

als Fördermaßnahme des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) gemeinsam mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

1. Ausgangslage und Zielsetzung

In vielen ländlichen, insbesondere strukturschwachen Regionen stehen – auch infolge des demografischen Wandels – vielerorts Gebäude leer. Dies wirkt sich nicht nur negativ auf das Ortsbild aus, sondern hat weitreichende gesellschaftliche, wirtschaftliche und städtebauliche Folgen.

Das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) hat aus diesem Grund im Januar 2025 die „Handlungsstrategie Leerstandsaktivierung“ veröffentlicht, in der wesentliche Ansätze und Instrumente der Leerstandsaktivierung dargestellt werden. Dazu gehören z. B. die Bundesländer-Programme der Städtebauförderung, der sozialen Wohnraumförderung und der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE), aber auch Instrumente der Regionalplanung sowie der Stadt- und Ortsplanung. Die Leerstandsaktivierung bleibt jedoch – auch aufgrund geringer finanzieller und personeller Ressourcen insbesondere strukturschwacher Kommunen und oftmals fehlenden Nachnutzungsperspektiven – eine große Herausforderung.

Vor diesem Hintergrund zielt die Förderinitiative darauf ab, regionale und interkommunale Strategien der Leerstandsaktivierung speziell für ländliche Regionen mit hoher Leerstandsquote bei Wohnraum und zugleich stark schrumpfender Bevölkerung zu entwickeln, in der praktischen Umsetzung zu erproben und für die Nachahmung aufzubereiten.

2. Inhalte der Förderinitiative

Bis zu 13 Modellregionen sollen in die Lage versetzt werden, bedarfsgerechte Strategien zum Umgang mit Leerstand zu erarbeiten. Der Schwerpunkt liegt dabei auf leerstehendem Wohnraum. Sie sollen schon während des Förderzeitraums damit beginnen, diese unter Nutzung geeigneter Förderprogramme selbstständig umzusetzen.

Die untenstehenden Handlungsfelder müssen durch die Modellregionen bearbeitet werden.

Die Modellregionen werden hierbei durch **umfangreiche Beratungsleistungen** einer vom BBSR beauftragten Projektassistenz unterstützt. Es ist vorgesehen, dass die Projektassistenz Fortbildungen zum Erwerb der oben aufgeführten Fachkompetenzen anbietet.

- **Bestands- und Bedarfsanalyse**

Jede Modellregion identifiziert bestehende Gebäudeleerstände, ermittelt deren Ursachen und prüft die Chancen und Risiken für deren Reaktivierung. Sie ermittelt auf Basis verfügbarer oder



eigener Bevölkerungsprognosen u. a. die zukünftigen Wohnbedarfe der Bevölkerung sowie deren Auswirkungen auf die Siedlungsentwicklung. Besonders berücksichtigt werden sollen hierbei nicht ausreichend gedeckte Wohnungsbedarfe (z. B. von mobilitätseingeschränkten Personen und kleinen Haushalten), die Sicherung der Daseinsvorsorge, der Erhalt baukulturell oder aus anderen Gründen wertvoller Gebäude(ensembles), die Schaffung von dritten Orten (niedrigschwellige, gemeinwohlorientierte Infrastruktur – z. B. für Gesundheitsprävention, Kultur- und Bildungsangebote sowie Engagementförderung) zur Sicherung und Steigerung der Wohnqualität sowie Belange des Klimaschutzes und der Klimaanpassung. Ermittelt werden können auch Bedarfe und Möglichkeiten für alternative, z. B. gewerbliche Nutzungsmöglichkeiten ehemals für Wohnzwecke genutzter Gebäude.

- **Strategieentwicklung**

Aufbauend auf den vorangehenden Analysen sowie vorhandenen Plänen und Konzepten wie z. B. Regionalplänen, integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepten (ISEK), oder Regionalentwicklungskonzepten (/REK) erarbeitet jede Modellregion unter Beteiligung der Bevölkerung, der Träger der Regionalplanung und anderer relevanter Akteure eine individuelle regionale oder interkommunale Strategie zum Umgang mit Leerstand. Dies soll verbunden werden mit Konzepten zur Innenentwicklung, zur Sicherung der Daseinsvorsorge vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, der Sicherung bzw. Wiederherstellung von intakten Orts- und Quartiersstrukturen, dem Erhalt baukulturell oder anderweitig wertvoller Gebäude sowie von wirtschaftsstützenden/touristischen Konzepten. Anhand der Strategie sollen Fördermittel und Investitionen gezielter in Projekte und Maßnahmen gelenkt werden, die eine nachhaltige Aktivierung von erhaltenswerten Gebäuden durch zukunftsfähige Nutzungs- und Finanzierungskonzepte gewährleisten und zum Gemeinwohl beitragen.

- **Optimierung von Strukturen und Prozessen**

Die Modellregionen optimieren ihre Strukturen und Prozesse zur Umsetzung ihrer Leerstandsstrategie unter Berücksichtigung der vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen. Hierbei binden sie Schlüsselpersonen innerhalb und außerhalb der Kommunalverwaltungen in das Modellprojekt ein. Der Fokus liegt dabei - auch mit Blick auf die wirtschaftliche Tragfähigkeit und Verstetigung des Projekts - insbesondere auf regionalen und interkommunalen Ansätzen.

- **Aufbau von Fachkompetenzen**

Zur Entwicklung und Umsetzung der Leerstandsstrategie werden vor Ort Fachkompetenzen u. a. in den Bereichen Bauplanungsrecht, Regional-, Stadt- und Ortsplanung, Vergaberecht, Bürgerbeteiligung, Fördermittelakquise und -beratung sowie Regional- und Projektmanagement benötigt. Diese werden durch Fort- und Weiterbildungen sowie den Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen und Modellregionen aufgebaut, die bereits erfolgreich Maßnahmen zur Leerstandsaktivierung durchgeführt haben.

- **Strategieumsetzung**

Bereits innerhalb des Förderzeitraums beginnen die Modellregionen mit der Implementation ihrer Leerstandsstrategien und der Umsetzung der dort festgelegten Maßnahmen. Dies kann übergeordnete Aktivitäten wie die Initiierung von Planungsprozessen, aber auch Einzelmaßnahmen wie die Beauftragung von Gutachten, die Durchführung von Bürgerbeteiligungsverfahren oder die Erprobung neuer Finanzierungs- und Betreibermodelle beinhalten. Zur Finanzierung werden Fördermittel aus geeigneten Programmen der EU sowie des Bundes und der Länder beantragt.

- **Bürgerbeteiligung, Kooperation und Kommunikation**

Die Modellregionen implementieren passende Beteiligungsformate wie z. B. regionale, interkommunale oder lokale Kooperationsnetzwerke mit Vertreterinnen und Vertretern aus Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft als dauerhafte Foren für Stadt-, Orts- und Quartiersentwicklung. Sie machen ihre Arbeit im Rahmen des Projekts nach außen transparent und kommunizieren die erzielten Fortschritte aktiv an die lokalen politischen Gremien, Bevölkerung und Zivilgesellschaft.

3. Gegenstand der Förderung

Förderfähig sind insbesondere folgende Ausgaben:

- Projektpersonal, einschließlich Ersatz für in das Projekt abgeordnetes Stammpersonal der Projektpartner.
Die zumindest anteilige oder zeitweise Abordnung von Stammpersonal wird erwartet, um die zügige Umsetzung sowie Verankerung des Modellprojektes in der Region und seine Verstetigung über den Förderzeitraum hinaus zu gewährleisten.
- Beauftragungen Dritter, z. B. mit Beratungsleistungen und Gutachten zur Bearbeitung der oben dargestellten Handlungsfelder
- Fort- und Weiterbildungen, die nicht durch die Projektassistenz abgedeckt werden
- Projektbezogene Sachkosten einschließlich Reisemittel nach Bundesreisekostengesetz (BRKG)
- Kleinere investive Maßnahmen (auch Baumaßnahmen) zur Aufwertung des Umfeldes und zum Erhalt leerstehender Gebäude sowie Verfügungsfonds für Leerstandsaktivierung als mögliche Maßnahmen der zu erarbeitenden Leerstandsstrategien (zusammen maximal 20% der beantragten Fördermittel)

Die Einrichtung oder Beauftragung intermediärer Organisationen zur Leerstandsberatung, Vermittlung und gemeinwohlorientierten Entwicklung wird als förderfähiger Bestandteil anerkannt.

Zur Umsetzung der beschriebenen Aufgaben kann für den Förderzeitraum eine Personalstelle bis zur Wertigkeit der Entgeltgruppe 13 beantragt werden. Zur Erleichterung der Personalgewinnung für das Projekt besteht die Möglichkeit der Gewährung von Zulagen analog § 16 Abs. 6 TVöD Bund.

Nicht förderfähig sind:

- Ausgaben und Kosten für die Umsetzung von gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben
- der Erwerb von allgemeiner, nicht projektbedingter Ausstattung („Grundausstattung“; Ausnahmen hiervon sind im begründeten Einzelfall möglich, sofern dies zur Umsetzung der Leerstandsstrategie zwingend notwendig ist)
- Betriebs- und Folgekosten im Zusammenhang mit investiven Vorhaben sowie Kosten für den laufenden Betrieb von Einrichtungen und Ersatzbeschaffungen
- die Finanzierung von laufenden Kosten von bestehenden Einrichtungen
- größere investive Maßnahmen
- Abriss von Gebäuden

Einzelmaßnahmen/Vorhaben im Rahmen des Modellvorhabens dürfen Sanierungs- und Erneuerungszielen der Städtebauförderung nicht widersprechen.

4. Zuwendungsempfänger und Fördergebietskulisse

Antragsberechtigt sind Kreise, regionale Planungs- und Zweckverbände sowie Landes- und Stadtentwicklungsgesellschaften, LEADER-Aktionsgruppen, Träger der Regionalplanung sowie interkommunale Kooperationen aus Gemeinden, kreisangehörigen und/oder kreisfreien Städten. Mittelstädte (20.000 bis unter 100.000 Einwohnende) sind in der Regel nur zugelassen, sofern umliegende Gemeinden als Partner im Sinne eines Stadt-Umland-Konzeptes in das Projekt einbezogen werden.

Die jeweiligen Träger der Regionalplanung sind in das Modellprojekt zwingend einzubinden.

Darüber hinaus können weitere Organisationen, z. B. Wohnungsbaugenossenschaften oder lokale Vereine, am Projekt beteiligt werden. Sofern diese ebenfalls Fördermittel aus dem Modellvorhaben durch Weiterleitungen erhalten sollen, dürfen sie keine wirtschaftlichen Tätigkeiten nach Art. 107 Abs. 1 AEUV ausüben oder müssen über eine Buchhaltung verfügen, die eine Quersubvention dieser wirtschaftlichen Tätigkeiten durch die erhaltenen Fördermittel ausschließt (Trennungsrechnung).

Wollen mehrere der oben genannten Akteure in einem Projekt zusammenarbeiten, bestimmen diese einen Projektkoordinator, der gegenüber dem Zuwendungsgeber als Antragsteller auftritt. Der Projektkoordinator leitet ggf. die Fördermittel an die übrigen Projektpartner weiter.

Die Projekte müssen in Gemeinden, Gemeindeverbänden, kreisangehörigen und/oder kreisfreien Städten in ländlichen Räumen umgesetzt werden, die eine hohe Leerstandsquote und eine prognostizierte stark sinkende Bevölkerungszahl bis 2045 aufweisen (Fördergebietskulisse).

Eine Karte und Liste der Kommunen in der Fördergebietskulisse finden Sie unter den Downloads.

Weitere Städte, Gemeinden und/oder Gemeindeverbände, die demselben Kreis angehören, können in das Vorhaben einbezogen werden, auch wenn diese selbst nicht zur Fördergebietskulisse gehören.

Ansonsten können außerhalb der Fördergebietskulisse ansässige Projektpartner nur dann einbezogen werden, wenn sie in einem engen funktionalen Zusammenhang zu Gebieten innerhalb der Fördergebietskulisse stehen und eine wesentliche Rolle für die Reduktion der Leerstände und/oder Sicherung der Daseinsvorsorge dort spielen.

Landkreise, regionale Planungs- und Zweckverbände sowie Landes- und Stadtentwicklungsgesellschaften, LEADER-Aktionsgruppen, Träger der Regionalplanung sind antragsberechtigt, wenn es in ihrem Territorium Städte, Gemeinden oder Gemeindeverbände gibt, die die Anforderungen der Fördergebietskulisse erfüllen. Sie können sowohl als Projektkoordinator als auch als Projektpartner mitwirken.

5. Förderdauer, Art und Höhe der Zuwendung

Der Förderzeitraum startet am 01.04.2026 und endet am 31.12.2029. Es besteht die Möglichkeit, im Rahmen der Antragsstellung einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn zu beantragen.

Die Durchführung einer anschließenden **zweiten Förderphase** steht unter dem Vorbehalt der Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel durch den Deutschen Bundestag und soll schwerpunktmäßig auf der Verstetigung des Projekts sowie der weiteren Umsetzung der entwickelten Strategien liegen.

Die **Förderung pro Modellregion** über den angegebenen Zeitraum bis Ende 2029 liegt bei **maximal 600.000 Euro**. Die im Zuge der Antragstellung für jedes Haushaltsjahr eingeplanten Mittel sind grundsätzlich nicht auf folgende Haushaltsjahre übertragbar.

Die Förderung erfolgt im Rahmen der Projektförderung des Bundes als Zuwendungen auf Ausgabenbasis. Für Unternehmen ist eine Zuwendung auf Kostenbasis möglich, sofern eine Trennungsrechnung

erfolgt (siehe Punkt 4). Die Zuwendungen werden als nicht rückzahlbare Zuschüsse im Wege der Anteilsfinanzierung mit einer Förderquote von bis zu 90 % gewährt. Den Zuwendungsempfängern verbleibt grundsätzlich ein finanzieller Eigenanteil von mindestens 10 % der zuwendungsfähigen Ausgaben. Zur Deckung des Eigenanteils können Drittmittel genutzt sowie Ausgaben für in das Projekt abgeordnetes Stammpersonal angerechnet werden. **Eine Vollfinanzierung, d. h. eine Förderquote von 100%, ist in begründeten Ausnahmefällen möglich, insbesondere bei Kommunen in der Haushaltssicherung.**

Zur Deckung der Ausgaben, die durch die Durchführung des Projekts verursacht werden, dem Vorhaben aber nicht direkt zugeordnet werden können, wird eine **Verwaltungsausgabenpauschale in Höhe von 10% der zuwendungsfähigen Personalausgaben** gewährt.

Über die Bereitstellung von Bundesmitteln kann erst entschieden werden, wenn die fachliche und administrative Prüfung der Antragsunterlagen erfolgt ist. Die Entscheidung wird per Bescheid mitgeteilt. Ein Anspruch der Antragstellenden auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Die bewilligende Stelle entscheidet aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens. Die Gewährung der Zuwendung steht unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit der veranschlagten Haushaltsmittel. An der Durchführung der Maßnahmen muss ein erhebliches Bundesinteresse bestehen.

6. Dokumentation, Berichtspflichten und Wissenstransfer aus den Modellregionen

Eine vom Zuwendungsgeber für die Förderinitiative „Gemeinsam gegen Leerstand“ beauftragte Projektassistenz organisiert und steuert den Wissenstransfer und übernimmt die Dokumentation und Aufbereitung der Ergebnisse der geförderten Vorhaben für den Zuwendungsgeber. Seitens der Projektassistenz angeforderte projektrelevante Unterlagen sind daher zu übermitteln. Eine enge Zusammenarbeit der Modellregionen mit der Projektassistenz wird vorausgesetzt.

Die Zuwendungsempfänger sind verpflichtet, dem Zuwendungsgeber im Rahmen des jährlichen Zwischenverwendungsnachweises Sachstandsberichte vorzulegen, in denen die Verwendung der Zuwendung und die damit verbundenen Aktivitäten und Ergebnisse beschrieben sind. Auch ansonsten wird erwartet, dass die Zuwendungsempfänger und ihre Partner gegenüber dem Zuwendungsgeber und seinen Beauftragten transparent über den Verlauf der Projektumsetzung berichten.

Die Zuwendungsempfänger beteiligen sich am projektübergreifenden Wissensaustausch, indem sie halbjährlich an Transferwerkstätten zum Erfahrungsaustausch zwischen den Modellregionen sowie einer gemeinsamen Abschlussveranstaltung in Präsenz teilnehmen. Ab 2027 tragen sie zudem nach Bedarf inhaltlich zu halbjährlichen Online-Werkstattgesprächen bei, die von der Projektassistenz organisiert werden und in denen Erfahrungen aus den Projekten an Kommunen und andere Akteure weitergegeben werden, die nicht an der Fördermaßnahme teilnehmen.

Auf Anforderung des BMWSB stellen die Modellregionen ihre Projekte im Rahmen des jährlichen Kommunaldialogs „Wohnen in ländlichen Räumen“ oder dem Bundeskongress „Tag der Regionen“ vor.

Für Maßnahmen des Wissenstransfers und der Öffentlichkeitsarbeit des BMWSB und des BBSR sind dem Zuwendungsgeber von einem professionellen Fotografen angefertigte Fotos zur Verfügung zu stellen. Diese sollen den Ausgangszustand und wesentliche Projektetappen dokumentieren.

7. Antragsverfahren (zweistufig)

Stufe 1: Skizzenphase

Die Skizzenphase dient der inhaltlichen Vorauswahl der Vorhaben. Im bereitgestellten Skizzenformular (siehe Downloads) soll die Modellregion kurz und aussagekräftig vorgestellt werden.

Das BBSR wird in dieser Phase zwei **Online-Informationsveranstaltungen** anbieten, in deren Rahmen die neue Förderinitiative vorgestellt wird und allgemeine verfahrenstechnische und inhaltliche Fragen gestellt werden können.

- Donnerstag, den 27.11.2025, 10:00 bis 12:00 Uhr
- Donnerstag, den 08.01.2026, 10:00 bis 12:00 Uhr

Zur besseren Vorbereitung der Veranstaltung übersenden Sie Ihre Fragen bitte vorab schriftlich an ggl@bbr.bund.de. Nähere Informationen zu den Terminen einschließlich der Einwahldaten finden Sie auf der [Internetseite des BBSR zum Förderaufruf](#).

Fragen zum Förderaufruf können Sie zudem ab dem 10.11.2025 montags bis freitags jeweils von 10:00 – 13:00 Uhr an die **Hotline** mit der Rufnummer 0228-99 401 2136 richten.

Das ausgefüllte Skizzenformular übersenden Sie bitte bis zum 16.01.2026 an ggl@bbr.bund.de.

Sie erhalten im Anschluss eine Bestätigungsmail, dass Ihre Unterlagen eingegangen sind. Sollten Sie innerhalb von zwei Werktagen keine Bestätigung erhalten, wenden Sie sich bitte an ggl@bbr.bund.de.

Skizzen, die nicht fristgerecht oder unvollständig eingereicht wurden oder nicht den Teilnahmebedingungen entsprechen, werden vom Verfahren ausgeschlossen. Mit Einreichung der Projektskizze besteht kein Anspruch zur Teilnahme an der Fördermaßnahme.

Auswahl der Skizzen zur Antragstellung

Die Skizzen werden nach formaler Prüfung insbesondere hinsichtlich der folgenden Kriterien bewertet:

- Besondere Herausforderungen in der geplanten Modellregion
- Leerstandssituation und konkrete Handlungserfordernisse
- Innovationsgehalt der Projektidee
- Geplanter regionaler bzw. interkommunaler Ansatz
- Einbindung relevanter Akteurinnen und Akteure innerhalb und außerhalb der Verwaltungen
- Problembewusstsein und Wille zur Veränderung

Modellregionen, die Gemeinden oder Gemeindeverbände umfassen, die mit einer Leerstandsquote von mindestens 12,0 % nach dem [Zensus 2022](#) und zugleich auch einen prognostizierten Bevölkerungsrückgang von mindestens 10,0 % bis 2045 auf Kreisebene nach der [BBSR-Bevölkerungsprognose](#) aufweisen, werden bevorzugt berücksichtigt.

Die Prüfung der Skizzen erfolgt durch eine Auswahlkommission des BMWSB/ BBSR.

Die Bewertung der Skizzen findet ausschließlich auf Basis des eingereichten Skizzenformulars statt. Weiterführende Informationen (z. B. Verweise auf Internetseiten oder andere eingereichte Dokumente) werden bei der Prüfung nicht berücksichtigt.

Bis zum 13.02.2026 erhalten Sie eine Mitteilung per E-Mail, ob Sie zur Erstellung eines Zuwendungsantrages aufgefordert werden oder Ihr Vorhaben leider nicht berücksichtigt werden kann.

Es ist vorgesehen, bis zu drei Regionen bereits in 2025 für Stufe 2 auszuwählen. Voraussetzung hierfür ist, dass die **Projektskizzen bereits bis zum 03.12.2025 an die E-Mail-Adresse ggl@bbr.bund.de übersandt** werden. Für die Bewertung der Skizzen gelten die o. g. Auswahlkriterien und das beschriebene Verfahren. Alle Einreicher, die nicht für Stufe 2 ausgewählt wurden, können ihre Projektskizze bei Bedarf überarbeiten und erneut bis zum 16.01.2026 einreichen.

Stufe 2: Antragsphase

In der Antragsphase entwickeln die ausgewählten Modellregionen die Projektskizzen zu einem Zuwendungsantrag weiter. Hierbei werden sie von einem externen Dienstleister des BBSR intensiv unterstützt. Die Anträge müssen bis zum 13.03.2026 beim BBSR eingereicht werden. Nähere Informationen werden mit der Aufforderung zur Antragstellung bereitgestellt.

Mit Einreichung der Antragsunterlagen besteht kein Anspruch zur Teilnahme an der Fördermaßnahme. Der Versand der Förderbescheide erfolgt voraussichtlich Ende März 2026.

8. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und gegebenenfalls erforderlichen Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten dieser Förderaufruf, die §§ 23 und 44 der Bundeshaushaltsordnung (BHO) nebst ihrer Allgemeinen Verwaltungsvorschriften unter Einschluss der Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-Gk sowie ANBest-P und ANBest-K, jeweils mit Stand 24.04.2025) sowie die §§ 48 bis 49a des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG), soweit nicht in diesem Förderaufruf Abweichungen zugelassen worden sind.

Die beihilferechtliche Prüfung anhand der Bekanntmachung der Kommission zum Begriff der staatlichen Beihilfe im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (2016/C 262/01) führte zu dem Ergebnis, dass im Falle einer Förderung gemäß dieses Förderaufrufs keine Beihilfe im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 des AEU-Vertrags vorliegt.

Sofern ein Zuwendungsempfänger auch wirtschaftliche Tätigkeiten ausübt, muss zwingend gewährleistet sein, dass die Kosten, Finanzierungen und Erlöse der wirtschaftlichen Tätigkeit eindeutig von denen der nichtwirtschaftlichen Tätigkeit getrennt werden, so dass keine Gefahr der Quersubvention der wirtschaftlichen Tätigkeit besteht (Trennungsrechnung).

Die im Zuge der Antragstellung für jedes Haushaltsjahr eingeplanten Mittel sind grundsätzlich nicht auf folgende Haushaltsjahre übertragbar.

Ansprüche auf die Gewährung von Zuwendungen bestehen nicht. Vielmehr entscheidet die Bewilligungsbehörde aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

Der Bundesrechnungshof ist gemäß §§ 91 und 100 BHO zur Prüfung berechtigt.

Mit den zu fördernden Maßnahmen darf vor Bewilligung nicht begonnen worden sein, es kann jedoch ein Antrag auf vorzeitigen Maßnahmebeginn gestellt werden. Der Abschluss von Lieferungs- und Leistungsverträgen gilt als Vorhabenbeginn. Planungsleistungen zählen üblicherweise zu den vorbereiteten Maßnahmen und werden in der Regel nicht als Beginn eines Vorhabens angesehen.

Eine Zuwendung für ein Vorhaben nach diesem Förderaufruf schließt die Inanspruchnahme von anderen öffentlichen Zuwendungen für den exakt gleichen Zweck (siehe Handlungsfelder unter

Punkt 2) aus. Die gleichzeitige Finanzierung derselben Ausgaben aus unterschiedlichen öffentlichen Mitteln (Doppelförderung) ist ausdrücklich nicht zulässig. Eine (nachträgliche) Ergänzung und Kombination des Modellprojekts mit anderen Förderprogrammen, die die vorliegende Modellförderung ergänzen (Kofinanzierungen) und insbesondere der (nachträgliche) Umsetzung der zu entwickelnden Leerstandsstrategie dienen, ist dagegen möglich und ausdrücklich erwünscht, um die erarbeitete Leerstandsstrategie umzusetzen.

Eine Zuwendung für ein Vorhaben nach diesem Förderaufruf schließt die Inanspruchnahme von anderen öffentlichen Zuwendungen – ausgenommen aus Haushaltsmitteln des Bundes – nicht aus. Die gleichzeitige Finanzierung derselben Ausgaben aus unterschiedlichen öffentlichen Mitteln (Doppelförderung), ist ausdrücklich nicht zulässig. Eine Kombination des Modellprojekts mit Förderprogrammen, die die vorliegende Modellförderung ergänzen (Kofinanzierungen), ist dagegen möglich und hinsichtlich der Umsetzung der zu entwickelnden Leerstandsstrategie sogar erwünscht.

Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, andere öffentliche Zuwendungen, auch nach Erteilung eines Zuwendungsbescheides, dem Zuwendungsgeber unverzüglich und unaufgefordert mitzuteilen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Angaben des Antragstellers zur Antragsberechtigung, zum Verwendungszweck und zu anderen öffentlichen Zuwendungen regelmäßig subventionserheblich gemäß § 264 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 2 des Subventionsgesetzes sind.

9. Datenschutz

Die Teilnahme am Förderaufruf und damit die Einreichung einer Projektskizze (Stufe 1) sowie einem ggf. zu erstellenden Zuwendungsantrag (Stufe 2) erfolgt freiwillig.

Die in den vorgelegten Unterlagen enthaltenen personenbezogenen Daten und sonstigen Angaben werden vom BBSR, dem BMWBS und den zukünftigen Auftragnehmern des BBSR im Rahmen der Prüfung und fachlichen Unterstützung des Projekts auf Basis des Art. 6 Abs. 1 lit a) DSGVO der freiwillig und informiert erteilten Einwilligung verarbeitet. Für die Durchführung des Förderaufrufs werden diese personenbezogenen Daten auf Basis des Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO i. V. mit § 3 BDSG verarbeitet. Die personenbezogenen Daten sowie die sonstigen Unterlagen werden nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen nach 10 Jahren gelöscht.

Weitere Informationen zum Datenschutz entnehmen Sie bitte dem Informationsblatt Datenschutz nach Art. 13 und 14 unter den [Downloads](#).

FAQ und Rückfragen

Häufig gestellte Fragen (FAQ) zu diesem Förderaufruf und zugehörigen Antworten werden durch das BBSR gesammelt und regelmäßig auf der [Internetseite](#) veröffentlicht. Für inhaltliche Rückfragen, die nicht durch die FAQ zu klären sind, wenden Sie sich bitte an ggl@bbr.bund.de, die Hotline oder nehmen Sie an einer der beiden Online-Informationsveranstaltungen teil.